

8.2.2026

Die FDP Langenhagen wird auf dem Rücken von geflüchteten keinen Wahlkampf machen.

Die FDP Langenhagen hätte sich von der Verwaltung und dem Bürgermeister eine zeitgerechte Information gewünscht. Das Projekt ist nach Lage der Dinge nicht erst seit heute bekannt. Wir finden es darüber hinaus sehr irritierend, dass auch die Parteien CDU und SPD über dieses Thema nicht informiert haben. Diese haben Vertreter im Landtag und müssten informiert sein. Wir fragen uns: „Hatte z.B. Tim Wook gerade als Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport im Landtag keine Kenntnis von der Planung?“ Dies würde uns überraschen.

Wenn diese zwei Parteien jetzt eine Resolution verabschieden, fühlt es sich scheinheilig an. Einer Resolution von CDU und SPD können wir deshalb nicht beitreten.

Ebenso hat der Rat der Stadt Langenhagen am 21.09.2020 beschlossen, dem Bündnis „Seebrücke - Schafft Sichere Häfen“ beizutreten. Wie glaubwürdig möchte Politik sein, wenn jetzt Parteien, die dies mit beschlossen haben, davon nichts mehr zu wissen scheinen.

Die FDP Langenhagen führt diese Debatte sachorientiert. In den Gremien, im Dialog mit Langenhagener Bürgerinnen und Bürgern aber nicht auf Facebook und nicht ressentimentgetrieben.

Wir kritisieren die Standortentscheidung aus folgenden Gründen:

- Die Bürger und Bürgerinnen Langenhagens wurden bei der Standortentscheidung außen vor gelassen. Ein solches Vorgehen schadet der Demokratie und stärkt die Ränder. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum die Wahl auf Langenhagen fiel und welche Alternativen zur Verfügung gestanden hätten.
- Die unmittelbare Nachbarschaft zu einer Schießsportanlage scheint im Zweifel ungeeignet für ggf. durch Kriegserlebnisse traumatisierte Geflüchtete.
- Mangelnde Informationen über die konkrete Ausgestaltung im Tagesablauf, die Auswirkungen für Langenhagen, und die Langfristigen perspektiven.

Die FDP Langenhagen fordert:

- Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über die üblichen Gremien hinaus, zum Beispiel durch Informationsveranstaltungen.
- Maßnahmen des Landes Niedersachsens, um die Akzeptanz der Standortentscheidung in der Bevölkerung zu erhöhen.
- Alles zu unternehmen, um die Aufenthaltsdauer der Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung möglichst kurz zu halten.
- Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenarbeit mit dem Land sowohl für Flüchtlinge wie für Bürger.